

Erleichterung der Verpflegung.

In den letzten Tagen haben mehrere bekannte Gastwirtschaften ihre Pforten geschlossen, da sie nicht mehr imstande sind, die für die Auspeisung der Gäste notwendigen Lebensmittel aufzutreiben. Es ist ja ein offenes Geheimnis, daß die Wirte genötigt sind, ihre Bedarfsartikel für die Küche größtenteils im Schleichhandel zu erwerben.

Die an sich gewiß segensreiche Tätigkeit des Kriegswucheramtes, die zur Aufklärung zahlreicher Warenverschlepper und Preisverhörer geführt hat, hat in ihrer Wirksamkeit auf die Gastwirtschaften und Hotels insofern auch böse Folgen gezeitigt, als einzelne Restaurateure nach der Beschlagnahme von Mehl und anderen Mitteln die Konsequenzen zogen und ihre Lokale einfach sperren. So hat dieser Tage ein stadtbekannter Restaurateur auf einem hervorragenden Posten im 9. Bezirk infolge des angeordneten Vorgehens des Kriegswucheramtes in den letzten Tagen seine zahlreichen Mittags- und Abendgäste durch die Sperre seines Lokals einfach brotlos gemacht. Das schneidige Vorgehen der Behörden gegen Preiswucher aller Art mag gewiß am Plage sein, doch ist aber auch das eine zu bedenken, daß diese Tätigkeit über gewisse Grenzen nicht hinausgehen soll.

Wenn nun einmal die Behörden nicht in der Lage sind, die Versorgung der einen Großteil der Bevölkerung verpflegenden Wirtschaften mit den nötigen Lebensmitteln durchzuführen, so sollten sie, bevor sie zu derart einschneidenden Maßnahmen greifen, dennoch Mittel und Wege zu finden trachten, Abhilfe in irgendeiner Art zu schaffen. Das Kind mit dem Bade auszugießen, ist zwar einfach, aber es könnte dennoch zu unangenehmen Weiterungen führen, denn, wenn eine Reihe von Wirtschaften, von denen ja nur ein ganz geringer Teil der Ueberversorgung der reichen Bevölkerungsschichten dient, ihre Pforten nach und nach schließen, so sind Tausende von Menschen mit ihren Ernährungsansprüchen einfach an die Luft gesetzt. Aufgabe der Behörde ist es, nicht Erleichterungen, sondern Erleichterungen zu schaffen. Dies verkennen aber so ziemlich die meisten unserer Behörden.